

Anschlag in Hanau

# Noch immer keine lückenlose Aufklärung

// Ein Anschlag wie in Hanau darf nie wieder passieren. Doch er reiht sich ein in eine lange Reihe rechtsmotivierter Morde in Deutschland. Politische Konsequenzen und Gerechtigkeit bleiben noch immer aus. Die Hinterbliebenen kämpfen weiter, während die politischen Verantwortlichen ihnen die versprochene lückenlose Aufklärung schuldig bleiben. //

Hanau, Wächtersbach, Celle, Halle, Kassel: Innerhalb von neun Monaten kam es in Deutschland zu fünf rassistisch und antisemitisch motivierten Anschlägen. Allein seit 1990 gab es laut der Amadeu-Antonio-Stiftung mindestens 210 Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland. Nach jedem Anschlag gibt es aus der Politik Beileidsbekundungen und Lippenbekenntnisse, aber wird ein nächster Anschlag wirklich aktiv verhindert?

## Rassismus der Mehrheitsgesellschaft

In Hanau drückte ein Rassist den Abzug. Sich von dem Täter abzugrenzen ist einfach, doch welche Gesellschaft brachte ihn hervor? In dieser Gesellschaft werden Shisha-Bars – also die Angriffsziele des Täters von Hanau – in gängigen Medienformaten regelmäßig stigmatisiert. Die Grundlage dafür bietet auch eine rassistische Polizeipraxis, die oftmals Shisha-Bars als Orte von angeblicher „Clan-Kriminalität“ unter Generalverdacht stellt. Dies nutzen dann wiederum Parteien wie die AfD für ihre rassistische Hetze, wenn sie ein Verbot von Shisha-Bars verlangen. Somit machte nicht nur der Täter die Shisha-Bars und ihre überwiegend migrantischen Besucher\*innen zum Angriffsziel, denn diese werden ohnehin von der weißen Mehrheitsgesellschaft ins Abseits gestellt.

## Viele offene Fragen

Gemeinsam mit Unterstützer\*innen leisten die Hinterbliebenen in der Initiative 19. Februar kontinuierlich Aufklärungsarbeit und üben Druck auf die politische Verantwortlichen aus. Sie haben viele offene Fragen, die sie zum Beispiel im Innenausschuss des Hessischen Landtages im Mai oder bei ihren monatlichen Gedenkveranstaltungen stellen: Wie können die Sicherheitsbehörden den Täter nicht auf dem Radar gehabt haben, wenn er seit Jahren schon Strafanzeigen stellt – und das mit verschwörungstheoretischen Begründungen? Ist den Sicherheitsbehörden die Teil-

nahme des Täters an internationalen Gefechtstrainings wirklich nicht aufgefallen? Warum hat die Hanauer Polizei bewaffnete Bedrohungen gegenüber migrantischen Jugendlichen in den Jahren zuvor unaufgeklärt gelassen? Ist den Sicherheitsbehörden die Website des Täters mit offensichtlich rechten Inhalten und Vernichtungsfantasien zwei Wochen lang vor der Tat nicht aufgefallen? Wie kann der Täter von Hanau von der zuständigen Waffenbehörde einen Waffenschein für ganz Europa ausgestellt bekommen haben? Zu viele Fragen bleiben nach Auffassung der Initiative unbeantwortet

ter Gewalt erfüllt werden, die sie seit Jahrzehnten stellen: Der seit mehr als 20 Jahren unaufgelöste Fall des NSU-Komplexes und die Verwicklung staatlicher Behörden wie dem Verfassungsschutz müssen aufgeklärt werden. Dafür müssen die NSU-Akten endlich offengelegt werden. Es braucht zudem eine konsequente Entwaffnung aller Rassist\*innen und rechter Netzwerke. Dafür müssen rechtsextreme Netzwerke und Strukturen in allen deutschen Behörden und der Polizei aufgedeckt und verfolgt werden.

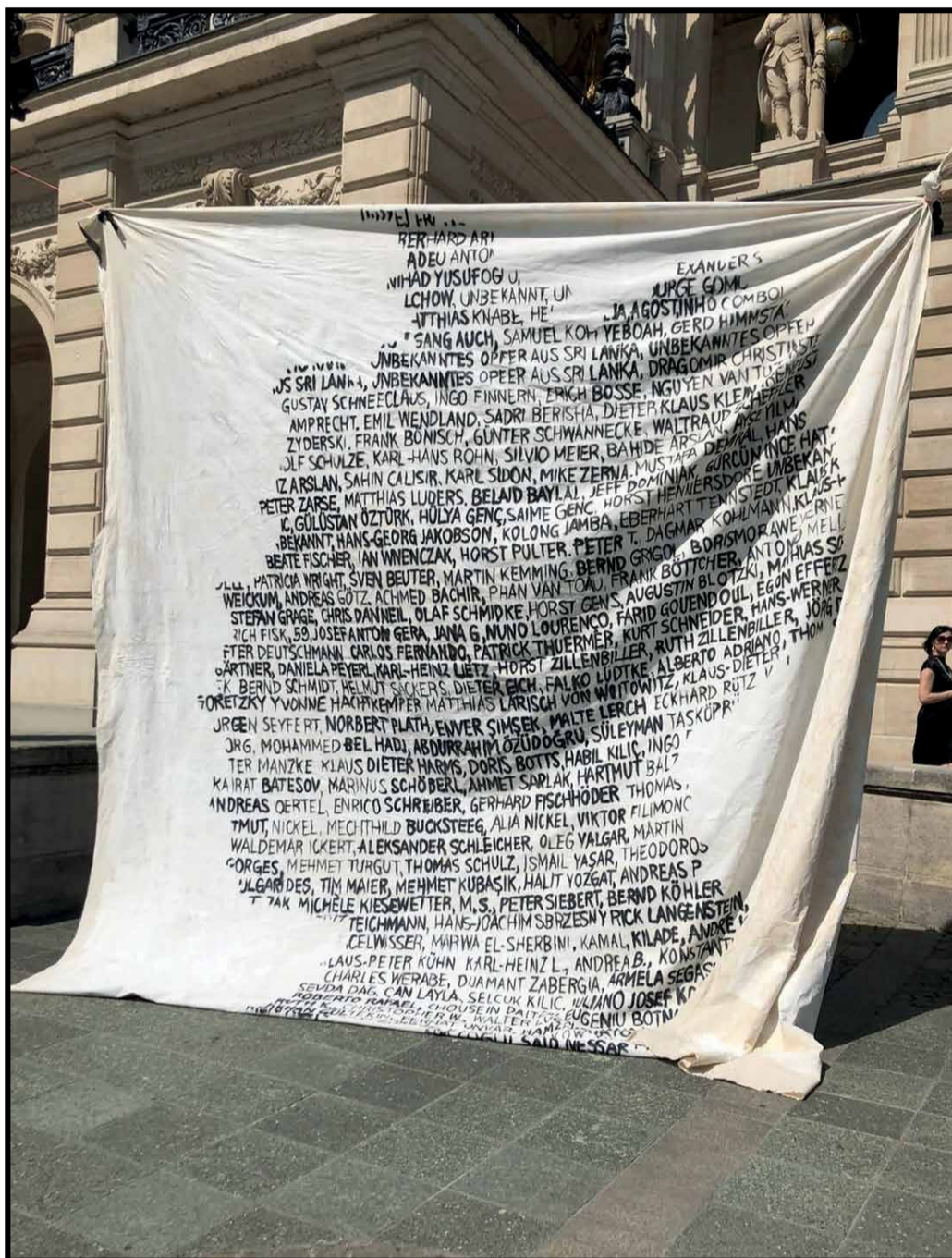
Denn anscheinend bleiben bisher wirksame politische

Konsequenzen aus, sodass sich rechte Netzwerke so sicher fühlen können, dass sie seit 2018 Daten von migrantischen und antifaschistischen Menschen über Polizeirechner abrufen und sie als „NSU 2.0“ mit Mails und Briefen bedrohen können. Und zu den geforderten politischen Konsequenzen gehört auch die Unterstützung für die Hinterbliebenen. In einem offenen Brief vom 18. September an die politisch Verantwortlichen schreibt die Initiative 19. Februar, dass Unterstützung ausbleibe und die soziale Lage der Hinterbliebenen inakzeptabel sei. Einige der betroffenen Familien müssten noch immer in der Nähe des Tatortes leben und ihre finanzielle Absicherung sei seit der Tat nicht gegeben. Ein angemessener und respektvoller Umgang mit Betroffenen rechter Gewalt sieht anders aus.

## Corona und die abgesagte Hanau-Demo

Gemeinsam mit den Hinterbliebenen organisierte die Initiative 19. Februar sechs Monate nach dem Anschlag eine Demo in enger Absprache mit dem Ordnungsamt und mit einem detaillierten Hygienekonzept. Eine Nacht vorher sagte der Oberbürgermeister die Demo wegen steigender Corona-Infektionszahlen ab und legte die Höchstgrenze auf 249 Personen fest. Laut Pressemitteilung der Stadt Hanau vom 21. August 2020 hat der Main-Kinzig-Kreis dem Oberbürgermeister am Vorabend der Demo mitgeteilt, dass die Zahl der Neuzugewanderten je 100.000 Einwohner\*innen im 7-Tage-

Rückblick in Hanau auf 49 gestiegen sei. Allerdings war die kritische Zahl von 50 Neuzugewanderten nach dem Corona-Eskalationskonzept des Landes Hessen noch nicht erreicht. „Auf einer symbolischen Ebene war das fatal“, kommentierte Jasmin Kalarickal diese politische Entscheidung in der taz. Dennoch nahmen die Hinterbliebenen die Maßnahmen ernst und organisierten stattdessen eine kleinere Kundgebung mit strengem Hygienekonzept, die bundesweit in verschiedenen Städten live übertragen wurde.



Die Namen von 210 Menschen, die seit 1990 in Deutschland aus rechten Motiven ermordet worden sind: Banner auf einer migrantisch organisierten Kundgebung am 8. Mai 2020 in Frankfurt am Main

– lückenlose Aufklärung, wie sie der Hanauer Oberbürgermeister versprochen hat, bleibt aus.

## Kampf der Hinterbliebenen

Damit so etwas wie in Hanau nie wieder passieren kann, müssen die Forderungen von Betroffenen rech-

## Initiative 19. Februar

Hinterbliebene und Aktivist\*innen aus Hanau und Umgebung haben die Initiative 19. Februar gegründet, um „der Solidarität und den Forderungen nach Aufklärung und politischen Konsequenzen einen dauerhaften Ort zu geben“ (Gründungstext vom 6. März 2020). Die Website der Initiative für weitere Infos und zum Spenden findet ihr unter: <https://19feb-hanau.org>. Den Livestream zur Gedenkveranstaltung am 22. August 2020, der sechs Monate nach dem rassistischen Anschlag organisiert wurde, findet ihr unter: <https://youtu.be/4VhpVomwnQU>.

Refika Cömert hat die Fächer Politik und Wirtschaft und Englisch für das Lehramt studiert und ist GEW-Mitglied. Sie arbeitet als Bildungsreferentin bei der Naturfreundejugend Hessen.